

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 7. November.

Westlicher Kriegsausflug.

Nordöstlich von Dubonaards stehen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde und Duse lichte der Feind die plangemäße Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße bei Bavay und bei Aulnoye an der Sambre. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Oulorain am Westrande von Bavay östlich von Aulnoye westlich von La Capelle. Zwischen der Duse und der Aisne hat der Gegner die Linie Verwins-Rogoi erreicht. Weidseitig von Rethel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wasigny-Roclon-Portien und nördlich von Tourteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Verdreffe und Rouzon.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Waldungen östlich von Murgau und Tontaines zum Stehen. Westlich von Sipy hat die bewährte brandenburgische 228. Infanteriedivision ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Gefährdung des Landes eintreten sollte. Deshalb Ruhe und Zubersticht!

(Ges.) v. Hellingrath, General der Kavallerie und Kriegsminister.

Bayerische Truppen besetzen die Grenze.

Wie gemeldet wird, haben bayerische Truppen die böhmische Grenze besetzt. Es wird jedoch versichert, daß nicht die geringste feindliche Wille befehligt, sondern daß es sich lediglich um eine polizeimäßige Maßregel handelt. Der Grenzschutz zwischen Bayern und Sachsen bleibt aufrecht.

Zur Friedensfrage.

Ausschluß der Versailles Konferenz.

Aus London wird gemeldet: Die Versailles Konferenz wird wahrscheinlich vorläufig ihre Arbeit hinsichtlich der Waffenstillstandsbedingungen und der Hauptkriterien für den Frieden auf einige Zeit vertagen, um den Teilnehmern der verschiedenen Länder Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Regierungen zu beraten. (Ainer Habasmeldung zufolge hat der Oberste Kriegsrat in Versailles seine Arbeiten mit einer vollständigen Verständigung abgeschlossen.)

Wilson kommt zur Friedenskonferenz?

Nach einer Mitteilung der Londoner „Times“ aus New York hat Wilson beschloffen, persönlich auf der Friedenskonferenz zu erscheinen.

Frankreichs Forderungen.

Wie Obener Blättern zu entnehmen ist, fällt die Verabredung der Waffenstillstandsbedingungen der Entente auf den Widerstand Frankreichs zurück. Frankreich will nur unter der Bedingung in den Waffenstillstand einwilligen, daß die deutschen Truppen 80 Kilometer östlich des Rheins zurückgehen und Hamburg von den Engländern besetzt wird.

Konflikt zwischen Wilson und der Entente.

Nach Mitteilungen des Obersten Hauses, des Vertreters Wilsons im alliierten Kriegsrat, besteht Wilsons Hauptkonflikt mit der Entente darin, daß Wilson durch den Friedenskongress die allgemeine gleichmäßige Abklärung aller europäischen Staaten fordert, wogegen die Entente diesen Punkt nur auf Deutschland angewendet wissen will. Wilson sträubt sich deshalb auch gegen die Uebergabe irgendwelcher Kriegsmaterials durch Deutschland in die Hände der europäischen Entente. Ferner wies Oberst House im Auftrage Wilsons darauf hin, daß Wilson von Anfang an die Hungerblockade gegen Deutschland als ungeschicklich bezeichnet habe und daß nach erfolgter Aufhebung des U-Bootkrieges der Wahrungserwerb sobald als möglich ein Ende gemacht werden müsse. In einer der letzten Sitzungen ereignete sich ein Zwischenfall. Bei der Beratung eines Punktes wies Oberst House darauf hin, daß die Entente ohne die Hilfe Amerikas nicht in der Lage sei, sich den Sieg zu sichern. Selbst unter den jetzigen Umständen könne die deutsche Armee, wenn sie es nur mit den Franzosen zu tun hätte, diese in wenigen Wochen geschmettern. Darauf erwiderte der Vertreter Frankreichs, daß die Lage habe sich durch die Kapitulation Oesterreichs beart geändert, daß die Entente nicht mehr auf Amerika angewiesen sei, da Italien gegebenenfalls die Möglichkeit dieser Operationen gegen Deutschland habe. Dieser Zwischenfall wird lebhaft besprochen.

Frieden bis Januar?

Nach einem Londoner Telegramm erklärte Bonar Law im englischen Unterhaus, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht die Friedensbedingungen seien. Bei verständnisvollem Entgegenkommen könnte der Friede bis Januar geschlossen sein.

Wiederannahme des unbeschränkten Schiffsverkehrs.

Der „Gerard“ meldet aus New York: In Erwartung des nahe bevorstehenden allgemeinen Friedens kündigen die Reedereien die Wiederannahme des unbeschränkten Passagier- und Verladeverkehrs nach den

europäischen Häfen einschließlich der deutschen Häfen für den 15. Februar 1919 an.

Die Besetzung der englischen Kolonien.

Die Londoner „Times“ hält die Teilnahme der Staatsmänner aus den Kolonien an den Friedensverhandlungen für notwendig. Südafrika ist bereits durch General Smuts und Australien durch den Ministerpräsidenten Hughes vertreten. Auch der kanadische Ministerpräsident Borden soll zum Friedenskongress eintreffen.

Eine französische Forderung.

Der französische Finanzminister Klotz stellte in einer Rede in Amiens die Forderung auf, daß die arbeitsfähigen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich bleiben dürften, um an dem Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften mitzuarbeiten. Die Zeitungen, welche diese Meinung wiedergeben, melden gleichzeitig aus London, daß der Abgeordnete Tardieu nach Washington gegangen sei, um die Zustimmung Wilsons zu einer besartigen Forderung zu bewirken.

Wohin die Arbeiter gehen?

„Le Populaire“ erklärt: Die Versailles Konferenz erklärte vorderhand die Bildung einer Gesellschaft der Nationen für unmöglich. Die Frage müsse einer viel späteren Zukunft vorbehalten bleiben.

Eine Rundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Ein Aufruf an die Arbeiter.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt einen Aufruf an die Arbeiter, in welchem es eingangs heißt:

„Das fürchterliche Völkermorden geht zu Ende, es kann kein Gedanke daran sein, es noch weiter fortzusetzen. Der Frieden kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Politisch wird es sich darum handeln, die erzwungenen demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Ämtern verschwinden. Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen vor keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag. Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Uebergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen notwendig. Diese Aufgaben können aber unmöglich geleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht.“

Der Aufruf warnt dann sehr energisch vor Unruhen und putschversuchen, die das Volk in nur noch größeres Elend stürzen können.

Einigungsverhandlungen innerhalb der Sozialdemokratie.

Wie das „V. Z.“ erzählt, werden jetzt innerhalb der führenden sozialdemokratischen Kreise ernsthaft Versuche gemacht, die beiden feindlichen Flügel wieder zu vereinen. Es ist zu diesem Zwecke eine Verständigungskommission in Aussicht genommen, in die von beiden Seiten, von der Scheidemann-Gruppe und von der Haase-Gruppe, Vertreter entsendet werden sollen.

Die Obmänner der Münchener industriellen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften haben ebenfalls eine Konferenz einberufen. Es macht sich auch hier eine Strömung geltend, zu einer Einigung zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen zu kommen. Zu diesem Zweck wurde von den Mitgliedern beider Parteien eine Kommission von je sieben Mitgliedern gebildet.

Ein Reichstagsmandat für Liebknecht?

Einer Nachrichtenstelle zufolge war von den Unabhängigen Sozialdemokraten Berlin an den Abgeordneten Stahl, der seit der gerichtlichen Beurteilung Liebknechts den Wahlkreis Potsdam 7 für die Mehrheitssozialdemokraten im Reichstag vertritt, mehrfach das Ersuchen gerichtet worden, Liebknecht wieder seinen alten Platz zu räumen. Stahl habe aber gar nicht daran gedacht, diesem Ersuchen nachzukommen. Nun sollen angeblich Verhandlungen mit dem „unabhängigen“ Vertreter des Wahlkreises Teitow-Beestow-Charlottenburg Zubeil schwaben, der, wie es heißt, eher geneigt wäre, sein Mandat niederzulegen, um Liebknecht erneut den Weg in den Reichstag zu bahnen.

Die Matrosenunruhen. Weiteres Umsichgreifen. Unruhen in Lübeck, Hamburg, Brunsbüttel.

Lübeck in der Hand des Soldatenrates.

Wie die Lübecker Blätter melden, sind Dienstag nachmittag Kriegsschiffe von Kiel im Lübecker Hafen erschienen und haben Matrosen gelandet. Diese begaben sich in die Kasernen und in die Quartiere, wo sie die Soldaten aufforderten, sich ihrer Bewegung anzuschließen. Der Aufforderung wurde überall Folge geleistet. Die Offiziere wurden entwaffnet und ein Soldatenrat wurde gebildet. Im übrigen verlief die ganze Bewegung in Ruhe und Ordnung. Der Soldatenrat erhielt einen Aufruf, in welchem er erklärte, daß Lübeck nicht in seinen Händen sei. In mehreren größeren industriellen Betrieben sind nach der Frühstückspause die Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie hielten auf dem Marktplatz eine Versammlung ab.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegungen einverstanden ist. Der Präsident hat mich damit beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzutellen, daß Marshall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter (?) der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen. (Anmerkung: Amtlich ist die Note noch nicht eingelaufen.)

Was in der Note des Staatssekretärs Lansing erwähnte Memorandum, das Präsident Wilson von den verbündeten Regierungen erhalten hat, gibt über die Friedensbedingungen, die man uns stellen wird, nur unvollkommenen Aufschluß. Im allgemeinen erklären sich die Ententeregierungen ja mit den vom uns anerkannten Wilsonschen Grundsätzen einverstanden, aber in einem für uns sehr wichtigen Punkte, der die Freiheit der Meere betrifft, scheinen sie von diesen Grundsätzen weit abzuweichen zu wollen. Die Freiheit der Meere haben die verantwortlichen Stellen Deutschlands schon seit der ersten Kriegszeit als Kriegsziel erklärt, und Wilson hat diese Forderung auch auf die Fahne des Völkervertrages geschrieben. Wenn England — nur dieses kommt hier wohl in Frage — sich jetzt diesem Punkte des Friedensprogramms widersetzt, so steht es im Gegensatz zu der idealen Forderung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und es bleibt nun abzuwarten, ob Wilson geneigt sein wird, in diesem Punkte nachzugeben. Auch sonst fürchten wir, daß die feindlichen Staatsmänner, wie es ja schon in der englischen und französischen Presse geschehen ist, Ansprüche stellen werden, die dem von ihnen vorgeblich anerkannten Programm Wilsons schnurstracks zuwiderlaufen. Sie werden versuchen, an verschiedenen Punkten dieses Programms herumzudrehen und ihnen Auslegungen zu geben, die mit dem von Wilson angezeichneten und für uns unerschütterlichen Frieden nichts mehr gemein haben. Ueber die territorialen Fragen, die bei den Friedensverhandlungen zu erledigen sein werden, gibt das Memorandum nicht einmal eine Andeutung. Dagegen haben sich Frankreich und England bereit, der Forderung auf Abschaffung aller durch deutsche Angriffe der Zivilbevölkerung zugefügten Schäden die denkbar weitestgehende Ausdehnung zu geben. Es steht zu erwarten, daß sie diese Forderung auch auf solche Schäden auszuweiten versuchen werden, die durch Kriegsnöwendigkeiten verursacht, zum Teil von ihnen selbst angerichtet worden sind. Hier wird es Sache unserer Unterhändler sein, die gegnerischen Ansprüche auf ein gerechtes Maß zurückzuführen. Im übrigen sehen wir jetzt mit Spannung der Entente unseren bereits nach dem Westen abgezogenen Bevollmächtigten entgegen.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission.

Für die Verhandlungen über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente ist, wie schon gemeldet, deutscherseits eine Kommission ernannt worden. Sie wird geführt von dem Generalmajor Detlef von Winterfeldt, jedenfalls ist dieser ihr wichtigster Mitarbeiter. Es gehören ihr ferner an der frühere Staatssekretär Admiral v. Hingé und Admiral v. Meurer, sowie General Erich v. Gündel, der deutscher Militärdelegierter bei der zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 gewesen war. Es ist entsprechend dem Charakter der Waffenstillstandsverhandlungen eine militärische Kommission. Der einzige Zivil-Diplomat dabei, Herr v. Hingé, kann seinen Admiralsrang geltend machen. Auch ist bemerkenswert, daß durch die Zugelung eines zweiten hohen Seeoffiziers, des Admirals v. Meurer, offenbar besonders Gewicht auf die maritime Seite des Waffenstillstandes gelegt werden soll. Sehr glücklich erscheint die Wahl des Generalmajors von Winterfeldt. Herr v. Winterfeldt hatte bis zum Ausbruch des Weltkrieges außerordentlich gute Beziehungen zu Frankreich. Herr v. Winterfeldt erregte die Insignien eines Offiziers der Ehrenlegion und die Pariser Presse schrieb: „Wenn alle Deutsche so sind wie Colonel v. Winterfeldt, dann müssen die Beziehungen zwischen beiden Nationen sich bessern“. Was Herr v. Winterfeldt den Franzosen, ist Herr v. Hingé den Engländern und Amerikanern gegenüber. Er kennt sie gut. Er hatte in Mexiko und China mit ihnen zu tun. Das er seine Gaben, besonders die der geschickten und zähen Unterhandlung jetzt in den Diensten des Waffenstillstandes stellen kann, ist sehr ersichtlich. Man darf zu ihm, wie zu den anderen Mitgliedern der Kommission das Vertrauen haben, daß sie die Ehre und das Interesse des deutschen Volkes bis zum äußersten diplomatisch verteidigen.

Kein Anlaß zur Beunruhigung.

Eine Warnung des bayerischen Kriegsministers. Die Münchener „Korrespondenz Hoffmann“ meldet amtlich: Die Waffenstillstandsbedingungen, die unserm bisherigen österreichischen Verbündeten auferlegt worden sind, eröffnen dem Feind die Möglichkeit, unsere Ost- und Obergrenze militärisch zu bedrohen.

Das bayerische Volk, das in diesem Kriege bewundernswerten Opfern teilhaftig war, kann auch dieser Möglichkeit zuversichtlich entgegensehen. Zur Beunruhigung liegt kein Anlaß vor; Vorkehrungen für den Schutz der Heimat sind getroffen und im Gange. Die Bevölkerung darf das höchste Vertrauen haben, daß sie sich rückhaltlos dem Feinde entgegenstellt wird, falls wider Erwarten eine unmittelbare

Dienst
Arieler
Abend
der U
der pl
glenlic
ordnet
Vidba
Lücken
die G
milche
Nieder
sfor
Solde
seine
angen
Iassu
Die W
datent
fange
schaft
thies
die G
die U
sich un
aus de
waren
lung b
Zufar
wurde
die W
die nör
der G
Lilien
morgen
redung
Solbat
sammen
den St
Solbat
gehalte
verlasse
Ina be
Auf b
Dienst
der W
Jug, d
in Ute
Z
D
wieder
hort d
Solbat
Demor
Berg
Wuffor
Werke
Arbeits
rliche
W a f
bilde
Man f
und b
särlid
leben
Blutun
belegt
zwänge
für de
die St
Arbeits
Die L
Waffe
von de
soll au
Die S
ba h n
offener
und S
W
Iigenge
in der
fange
persone
verfamt
15000
Urlau
Verpfl
wurde
Wunder
Menge
schenne
um ber
gestell
aus ein
mürden
Teil f
dem S
Nahru
Schleier
entspan